

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg

1 Fortentwicklung der Kunstschullandschaft

Kunstschulen sind Kompetenzzentren in Sachen Kultureller Bildung. Sie machen Angebote in allen Sparten der Künste: Bildende Kunst, Tanz, Theater, Zirkus, Literatur und Medien. Zugleich sind sie – im urbanen wie auch im ländlichen Umfeld – Kraftfelder der Künste und deren Vermittlung. Sie sind Bildungspartner für Kitas und Schulen, führen die Generationen zusammen und sind als Kultureinrichtungen soziale Räume der Begegnung und der Partizipation sowie des kreativen Tuns. Deshalb gilt es zukünftig, "weiße Flecken" in der Kunstschullandschaft und strukturelle Schwächen verstärkt in den Blick zu nehmen und dadurch auch die kulturelle Teilhabe im ganzen Land zu sichern. Infolgedessen wäre ein Programm zur Unterstützung von Kunstschulinitiativen essentiell für die weitere Entwicklung. Dozent*innen an Kunstschulen brauchen darüber hinaus eine verlässliche berufliche Perspektive mittels angemessener Bezahlung und fairer Anstellungsverhältnisse.

- Plant Ihre Partei die Landesförderung für Kunstschulen in der nächsten Legislaturperiode zu erhöhen? Würden Sie sich für eine klare Benennung des aktuellen Fördersatzes im Jugendbildungsgesetz einsetzen?
- Befürwortet Ihre Partei zusätzliche Finanzmittel für ein Modellprogramm, das Anschubfinanzierungen für Kunstschulinitiativen in Gründung ermöglicht?
- Haben Sie Vorschläge, wie das Land die Kommunen unterstützen kann, um nachhaltige Arbeitsverhältnisse im Bereich der Kunstschulen zu etablieren, die Planungssicherheit und berufliche Perspektiven schaffen?
- Was planen Sie, um das Berufsbild der Kunstpädagog*innen zu stärken und kunstpädagogische Studiengänge attraktiver aufzustellen?

Wir Freie Demokraten schätzen die Kunstschulen, ihre Arbeit und ihren wichtigen Beitrag zu einem vielfältigen außerschulischen Bildungsangebot im Bereich der Kultur sehr. Gerne werden wir deshalb insbesondere finanzielle Möglichkeiten zu einer Erhöhung der Landesförderung der Kunstschulen prüfen und, wenn solche Möglichkeiten bestehen, eine Erhöhung ins Auge fassen. Gleiches gilt für das angesprochene Modellprogramm für Kunstschulinitiativen in Gründung. Jedenfalls befürworten wir ausdrücklich eine klare Angabe des Fördersatzes im Jugendbildungsgesetz und setzen uns dafür gerne ein. Dies schafft Planungssicherheit für alle Beteiligten und verbessert die Möglichkeiten, den Beschäftigten gute berufliche Perspektiven zu eröffnen. Von den beruflichen Perspektiven hängt nach unserer Auffassung ganz wesentlich auch die Attraktivität eines Berufsbilds ab. Somit würde auch ein Beitrag geleistet, um das Berufsbild der Kunstpädagoginnen und die Aufnahme eines entsprechenden Studiums attraktiver zu machen.

Landesbank Baden-Württemberg

2 Unterstützung der Digitalisierung

Die zwangsweise Schließung auch der Kunstschulen im Zuge der Bekämpfung der Corona-Pandemie hat verdeutlicht, wie weit entfernt wir noch von einem konzeptionell und technisch praktikablen digitalisierten Betrieb sind. Nicht nur der Anschluss an schnelle Internetverbindungen, auch die Nutzung von digitalen Werkzeugen und die Entwicklung von schlüssigen Konzepten zur Verbindung digitaler und analoger Inhalte sind notwendig, um digitale Bildungsräume auch in Kunstschulen für die Zukunft zu entwickeln.

- Unterstützt Ihre Partei eine Öffnung der Mittel des Digitalpaktes des Bundes für Anträge von außerschulischen Bildungseinrichtungen?
- Wenn ja, was würden Sie unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen?
- Wenn nein, würden Sie zusätzliche Mittel des Landes für den digitalen Ausbau zur Verfügung stellen?

Wir Freie Demokraten wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass an allen staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen ein Glasfaseranschluss zur Verfügung steht und in allen Schul- und Hochschulgebäuden ein adäquater WLAN-Zugang besteht. Dass außerschulische Bildungseinrichtungen bei der Digitalisierung gefördert werden, unterstützen wir ausdrücklich. Eine Öffnung des bestehenden Digitalpakts Schule für außerschulische Bildungseinrichtungen würden wir unterstützen, wenn zusätzliche finanzielle Mittel für diesen Zweck hinzukämen und nicht die den Schulen zur Verfügung gestellten Mittel geschmälert würden. Ausdrücklich befürworten wir aber ein gemeinsames Vorgehen von Bund, Ländern und Kommunen bei der Digitalisierung außerschulischer Bildungsträger. Um die Digitalisierung der Schulen längerfristig finanziell zu sichern, treten wir Freie Demokraten für einen Digitalpakt Schule 2.0 zwischen Bund, Ländern und Kommunen ein. Eine entsprechende Vereinbarung oder alternativ eine Einbeziehung der außerschulischen Bildungseinrichtungen in den Digitalpakt 2.0 unterstützen wir jedenfalls beziehungsweise wir treten dafür aus Überzeugung ein.

Landesbank Baden-Württemberg

3 Förderung von Bildungslandschaften

Ein zeitgemäßer Bildungsbegriff darf nicht auf das schulische Lernen fokussiert bleiben, weshalb in den letzten 15 Jahren die Öffnung von Schulen hin zu Bildungslandschaften unter Einbeziehung aller Kultur- und Bildungspartner*innen vor Ort und nicht zuletzt durch Kooperationen mit Kunstschulen vorangetrieben wurde. Ästhetische Grundbildung dient der Persönlichkeitsentwicklung und bietet vor allem Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen und sozial schwächeren Familien einen einfachen Zugang zu Kunst und Kultur. Inzwischen ist die Bedeutung kultureller und ästhetischer Angebote innerhalb von Bildungsprozessen wissenschaftlich nachgewiesen, zudem haben Kinder laut Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Teilhabe am kulturellen und künstlerischen Leben. Kulturelle Bildungsprojekte setzen das unmittelbar um. Doch die Strukturen und damit verbundene Praxis hinken immer noch den Anforderungen hinterher.

- Welchen Stellenwert misst Ihre Partei kulturellen Schulentwicklungsprozessen zu und mit welchen Maßnahmen werden Sie die künstlerische Bildung an Schulen unterstützen?
- Was schlagen Sie vor, um eine stärkere Einbindung von Kunstschulen in die Bildungsinfrastruktur zu erreichen und sie gerade im ländlichen Raum zu regionalen Kompetenzzentren für Kulturelle Bildung und Teilhabe zu entwickeln?
- Wie stehen Sie dazu, eine abgesicherte Finanzierung für Kooperationen von Kitas und Schulen mit Kunstschulen in Form von eigenen Förderprogrammen aufzusetzen?

Wir halten die kulturelle Bildung für einen unverzichtbaren Bestandteil der schulischen Bildung. Zum einen gilt es, den Stundenumfang und die Eigenständigkeit der musisch-künstlerischen Fächer im schulischen Fächerkanon zu erhalten und auf Fächerverbünde im Interesse der Fachlichkeit möglichst zu verzichten. Dies sichert die Basis für einen fundierten Kunst- und Musikunterricht und schließt in keiner Weise fächerübergreifende Projekte aus. Im Gegenteil wollen wir, dass die Schulen ausreichend Gestaltungsfreiheit für eigene inhaltliche Schwerpunkte haben und sie hierfür weiterhin eigenverantwortlich ein Schulcurriculum festlegen können. Unter anderem wollen wir durch die Ausweitung von Studienplätzen dafür sorgen, dass qualifizierte Lehrkräfte in ausreichender Zahl für die einzelnen Schularten und Fächer zur Verfügung stehen. Wir wollen darüber hinaus die Kooperation mit außerschulischen Partnern als unverzichtbaren Beitrag zu einem vielfältigen schulischen Bildungsangebot stärken. Unser Vorschlag ist, dass jede Schule ein Budget für Kooperationen mit außerschulischen Partnern erhält. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass neben der gebundenen auch die offene Ganztagsschule mit Unterricht am Vormittag und frei wählbaren Angeboten am Nachmittag im Schulgesetz verankert wird. Von einer gestärkten Wahlfreiheit erhoffen wir uns auch bessere Möglichkeiten der Kooperationen der Schulen mit außerschulischen Partnern. Die Überlegung, Kunstschulen zu regionalen Kompetenzzentren im Rahmen der Schulkooperationen auszubauen, unterstützen wir. Dies könnte beispielsweise im Rahmen von Bildungsregionen umgesetzt werden.

Landesbank Baden-Württemberg

4 Verbesserung der Projektförderung

Kunstschulen sind aufgrund ihrer Finanzierungsstruktur darauf angewiesen, regelmäßig Projektmittel zu akquirieren. Dabei sind sie vielen strukturellen Problemen ausgesetzt, vor allem weil Regelangebote eher nicht von Stiftungen gefördert werden. Zudem gibt es im Kultusministerium, wo Kunstschulen ressortiert sind, keine Ausschreibungen für Projektmittel bzw. diese sind an die Zusammenarbeit mit Schulen geknüpft. In diesem Bereich konnten seit zehn Jahren Fraktionsmittel genutzt werden. Aber Kunstschulen sind auch wichtige impulsgebende Kultureinrichtungen in ihrem lokalen Umfeld und entwickeln Projekte auch für andere gesellschaftliche Gruppen. Trotzdem werden sie von anderen Projektmitteln des Landes Baden-Württemberg in der Regel explizit ausgeschlossen, beispielsweise im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (Innovationsfonds u.a.) oder im Sozialministerium (Bildungsreferenten u.a.), weil das Ressortprinzip zu Grunde gelegt wird.

- Unterstützt Ihre Partei eine Umwandlung der bisherigen (Fraktions-)-Kooperationsmittel in der nächsten Legislaturperiode in reguläre Programmmittel, um damit auch zukünftig Kooperationen mit Kitas und Schulen zu ermöglichen?
- Befürworten Sie eine Aufhebung der Ressortgebundenheit bei Ausschreibungen für Projektförderung im Kunst-, Bildungs- und Jugendbereich?

Die FDP/DVP Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht nur eine Erhöhung der Förderung für die Kunstschulen beantragt, sondern ausdrücklich auch die Verstetigung der erhöhten Förderung. Die Kunstschulen hatten bereits zum dritten Mal in Folge bei den Haushaltsberatungen um die Zuschusserhöhung ringen müssen. Dennoch lehnte die grün-schwarze Regierungsmehrheit den Antrag ab. Die Verstetigung der Förderung wird jedoch im Interesse der Planungssicherheit für die Betroffenen weiterhin Ziel freidemokratischen Handelns hierbei bleiben. Eine Lösung für das zuletzt beschriebene Problem könnte sein, den Umfang der Kooperationen von Kunstschulen mit gesellschaftlichen Gruppen außerhalb der Zuständigkeit des Kultusministeriums transparent zu machen, so dass dies bei der Haushaltsaufstellung berücksichtigt werden kann.

Landesbank Baden-Württemberg

5 Erwachsenenangebote gleichstellen

Der Begriff der Kulturellen Bildung verbindet sich mit dem Konzept des Lebenslangen Lernens. Mit diesem Paradigmenwechsel haben sich auch neue Aufgabenfelder für Kunstschulen eröffnet. Angebote für Senioren oder die Zusammenarbeit mit Pflegeeinrichtungen gehören inzwischen ebenso zum Portfolio von Kunstschulen wie Angebote für Eltern und Großeltern, für Alleinstehende und andere Wissbegierige. Kunstschulangebote sind inklusiv, integrativ und generationenübergreifend. Im Bereich der Arbeit mit Geflüchteten hilft der interkulturelle Ansatz zur Beheimatung im neuen Lebensumfeld. Kunstschulen leisten hier seit 2015 kontinuierliche Integrationsarbeit. Doch im Gegensatz zu anderen Bildungseinrichtungen werden diese Angebote nicht vom Land gefördert.

- Unterstützt Ihre Partei die Forderung, Kunstschulen generationenübergreifend zu denken und deren Potenziale besser zu nutzen?
- Wie stehen Sie dazu, Angebote für Erwachsene an Kunstschulen durch das Land zu fördern?

Wir begrüßen es, wenn die Kunstschulen verstärkt Angebote für Erwachsene entwickeln und umsetzen. Wenn sich insbesondere finanzielle Möglichkeiten der Förderung finden lassen, wollen wir diese nutzen.

6 Entwicklung der Verbandsarbeit

2014 wurde die Geschäftsstelle des Landesverbandes eingerichtet und damit die Verbandsarbeit professionalisiert. Durch die bessere personelle Ausstattung erhöhte sich das Leistungsspektrum. Im Netzwerk der außerschulischen Bildungsträger bilden die Kunstschulen eine zunehmend wichtigere Säule. Die Geschäftsstelle ist hier ein zentraler Ansprechpartner für Beratung und konzeptionelle Arbeit sowohl für die zahlreichen Bildungspartner wie für die Mitgliedsschulen und deren Träger. Dafür ist eine adäquate personelle Ausstattung grundlegend. Die Mittel für Personalausgaben liegen knapp unter 60.000 Euro und sind seit Einrichtung der Stelle bisher nur einmal an die Entwicklung der Gehälter im öffentlichen Dienst angepasst worden. In Anbetracht der zahlreichen Aufgaben der Zukunft möchte der Verband zusätzlich eine Assistenzstelle einrichten, um der Geschäftsführung mehr Freiräume für inhaltliche Entwicklungsaufgaben zu geben und damit die Verbandsarbeit sicherer und breiter aufzustellen.

• Befürwortet Ihre Partei einen Aufwuchs der Mittel für die Geschäftsstelle inklusive der Anbindung der Gehälter an die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst?

Nach unserer Auffassung ist das Anliegen, die Geschäftsstelle des Landesverbands der Kunstschulen personell zu verstärken, sehr gut begründet. Wenn es die finanziellen Möglichkeiten zulassen, wollen wir diesem Anliegen entsprechen.

Landesbank Baden-Württemberg

7 Qualifizierung und Fortbildung

Der Erhalt und die Sicherung der Qualität der Kunstschulen im Land erfordert eine kontinuierliche Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter*innen inklusive der Öffnung und Erweiterung weiterer Zukunftsfelder wie der Entwicklung digitaler Bildungsräume und nachhaltiger Entwicklung (BNE) auch im Kunstschulbereich. Durch Kompetenzerweiterung und Fortbildung können sich Mitarbeiter*innen der Kunstschulen und die Kunstschulen selbst weiterentwickeln. Aktuell fördert das Land BadenWürttemberg die gesamten Fortbildungsaktivitäten der Kunstschulen mit 14.000 Euro/Jahr. Die damit umsetzbaren Angebote sind regelmäßig ausgebucht und sollten – auch vor dem Hintergrund der notwendigen Erweiterung des digitalen Knowhows – dringend ausgebaut werden, denn die Nachfrage an spezifischen Angeboten ist da.

• Wird Ihre Partei sich für eine Aufstockung der Landesmittel einsetzen und welche weiteren Förderinstrumente schlagen Sie vor, um die Qualifizierung im Feld der kulturellen Bildung voranzutreiben?

Das Anliegen, die Förderung der Fortbildungsaktivitäten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kunstschulen zu verstärken, ist aus unserer Sicht ebenfalls sehr gut nachvollziehbar. Wenn wir Möglichkeiten der Finanzierung hierfür finden, wollen wir diese nutzen. Generell wollen wir die Weiterbildung mithilfe von Instrumenten wie Gutscheinmodellen oder einem Midlife-BAföG voranbringen. Unser Land Baden-Württemberg wird mehr als viele andere Bundesländer durch sein reichhaltiges kulturelles Leben geprägt. Gerade der kulturellen Jugendbildung kommt eine Schlüsselrolle zu. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit mit den Schulen intensivieren und durch mehr kulturelle Bildungsangebote die Nachfrage nach Kunst und Kultur stimulieren. Das Land sollte aus Sicht der Liberalen auch weiterhin die regionale und kommunale Kulturpolitik als verlässlicher Partner unterstützen. Wir wollen aber den Bürokratieaufwand bei der Kulturförderung nach Möglichkeit reduzieren und die private Unterstützung von Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen fördern.

Landesbank Baden-Württemberg